

ZA-Information 6

Mai 1980

**Dieses Dokument wurde von einer gedruckten Vorlage eingescannt
und mit einer OCR-Software weitgehend automatisch bearbeitet.
Kleinere Übertragungsfehler sind daher möglich.**

ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

BACHEMER STR. 40, 5000 KÖLN 41 (LINDENTHAL)

TEL, 444086 UND 470 3155

Direktor: Prof. Dr. Erwin K. Scheuch

Geschäftsführer: Ekkehard Mochmann

Zentralarchiv (ZA)-Informationsmaterial

Für Benutzer liegen folgende ZA-Broschüren bereit:

1. Institutsprospekt: Aufgaben und Dienstleistungen des Zentralarchivs
2. Liste der archivierten Umfragen (+ Benutzungsordnung + Gebührenordnung)
3. Lose-Blatt-Sammlung (ausgewähltes Umfragematerial)
4. Informationsmaterial über Frühjahrsseminare
5. ZA-Information II-V (I vergriffen)

MITTEILUNG DER REDAKTION

1980 - Wahljahr, Anlaß genug für das Zentralarchiv, einem der traditionellen Arbeitsschwerpunkte in dieser ZA-Information wieder einmal mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Durch den Ausgang der NRW-Wahl und die Diskussion um den Bestand der Koalition nach der Bundestagswahl, hat der Beitrag von Helmut Norpoth, "Partnerwahl - Koalitionspräferenzen bei Partnern und Wählern in der Bundesrepublik" besondere Aktualität erhalten. Anreiz für weitere Sekundäranalysen der Daten aus der Sammlung deutscher Wahlstudien seit 1953, die im German Electoral Data Project (GED) aufbereitet wurden?

Für den Herbst können wir das dritte ZA-Arbeitsbuch "Wählerverhalten in der Bundesrepublik" ankündigen. Der zugehörige Datensatz ist, wie auch für die Arbeitsbücher "Berufliche Mobilität" und "Soziale Herkunft und Schullaufbahn" bereits jetzt verfügbar.

Das Datenangebot des Zentralarchiv konnte um zwei gewichtige Studien erweitert werden, den "National Social Survey" und die Acht-Länder-Studie "Political Action". Mit dem Beitrag über das WEDA-Projekt (West-europa Datenarchiv) geben wir einen Überblick über die Erstellung einer maschinenlesbaren Datenbasis für die komparative historische Forschung.

Die Konferenz-Berichte reflektieren die Akzentverlagerung auf neue Datentypen und Analyseverfahren, eine Entwicklung, der das Zentralarchiv auch im zwanzigsten Jahr seines Bestehens mit seinen Dienstleistungen Rechnung trägt. Die wachsende Komplexität der Anforderungen spiegelt sich wieder in einer verstärkten nationalen wie auch internationalen Kooperation.

Ekkehard Mochmann

ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG
UNIVERSITÄT ZU KÖLN

HERAUSGEBER: ZA NR. 6
REDAKTION: EKKEHARD MOCHMANN MAI 1980

ZA-INFORMATION

INHALT:

- MITTEILUNG DER REDAKTION
- ERWEITERUNG DES STUDIENANGEBOTS IM ZA:
INFORMATIONEN ZUM NATIONALEN SOZIALEN SURVEY
POLITICAL ACTION - AN EIGHT NATION STUDY
DATEN DES ICPSR-ARCHIVS
- ZUR ENTWICKLUNG DES WESTEUROPA-DATENARCHIVS (WEDA)
- SEKUNDÄRANALYSE VON UMFRAGEN:
PARTNERWAHL - KOALITIONSPRÄFERENZEN BEI PARTEIEN
UND WÄHLERN IN DER BUNDESREPUBLIK
- ARBEITSBUCH ZUR SOZIWISSENSCHAFTLICHEN METHODEN-
LEHRE: WÄHLERVERHALTEN IN DER BUNDESREPUBLIK
- BERICHT ÜBER DAS ZENTRALARCHIV FRÜHJAHRSSEMINAR 1980:
MEHREBENENANALYSE
- ICPSR SUMMER-SCHOOL 1981
- ENTWICKLUNGSRICHTUNGEN IN DER SOZIALWISSENSCHAFT-
LICHEN DATENVERARBEITUNG - AUSSCHNITTE AUS DEN
ECPR-WORKSHOPS IN FLORENZ
- EUROPEAN CONSORTIUM FOR POLITICAL RESEARCH (ECPR)
- REGIONALDATENBASEN UND COMPUTERKARTOGRAPHIE:
IFDO-SYMPOSIUM 1980 IN TURIN
- 1980 IASSIST KONFERENZ UND WORKSHOPS
- DISTRIBUTED PROCESSING - TEXTVERARBEITUNG - BÜRO-
AUTOMATISIERUNG: BERICHT VON DER HANNOVERMESSE 1980

ERWEITERUNG DES STUDIENANGEBOTS IM ZA

INFORMATIONEN ZUM NATIONALEN SOZIALEN SURVEY

1. Was ist der Nationale Soziale Survey?

Der Nationale Soziale Survey ist eine in regelmäßigen Abständen (voraussichtlich jährlich) zu wiederholende Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins. Die Umfragen sollen mit einem teils konstanten oder rotierenden, teils variablen Fragenprogramm zentrale Forschungsbereiche der empirischen Sozialforschung abdecken.

2. Welche Ziele werden mit dem Nationalen Sozialen Survey verfolgt?

Mit dem Nationalen Sozialen Survey werden vor allem drei Ziele verfolgt:

- o das wissenschaftliche Ziel der Untersuchung des sozialen Wandels,
- o das sozialwissenschaftliche Ziel der Bereitstellung von Daten für Sekundäranalysen zur Prüfung von Hypothesen über die Sozialstruktur der Bundesrepublik, über Wertorientierungen, Einstellungen und Verhalten ihrer Bevölkerung,
- o das politikrelevante Ziel einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung.

3. Welche Institution fördert das Projekt, wer sind die Antragsteller?

Das Projekt Nationaler Sozialer Survey wird gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf Antrags von :

- o Prof. Dr. M. Rainer Lepsius (Universität Mannheim)
- o Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (Universität zu Köln)
- o Prof. Dr. Rolf Ziegler (Universität München)

4. Für wem sind die Daten des Nationalen Sozialen Survey vor allem von Interesse?

Die Daten des Nationalen Sozialen Survey sind vor allem, aber natürlich nicht ausschließlich, für diejenigen Studenten und Forscher von Interesse, deren Forschungsgebiete in Einklang stehen mit den oben genannten Zielen und die keinen unmittelbaren Zugang zu Primärdaten haben. Auch für methodisch orientierte Sozialwissen-

schaffter bietet der Nationale Soziale Survey eine Fülle von Analysechancen, so z.B. Trend- und Kohortenuntersuchungen (bei Hinzuziehung früherer Erhebungen), Analysen zu Interviewereinflüssen, Kausalstudien mit multiplen Indikatoren und Parallelmessungen, sowie Auswertungen mehrerer 'split halves' mit variierenden Frageformulierungen.

5. Wann wurden die ersten Daten erhoben?

Die Daten für den ersten Nationalen Sozialen Survey wurden im Januar/Februar 1980 erhoben.

6. Wer wurde befragt?

Die Grundgesamtheit bestand aus allen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der Bundesrepublik oder Westberlin lebten und am 1. Januar 1980 das 18. Lebensjahr vollendet hatten.

Aus dieser Grundgesamtheit wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe auf der Grundlage der AdM-Stichprobe von Stimmbezirken bzw. von synthetischen Stimmbezirken von 1978 gezogen. Per Stichprobenansatz war so gestaltet, daß 3000 vollständige Interviews zustande kamen.

7. Wie kam das Fragenprogramm zustande?

Das Fragenprogramm ist Ergebnis einer Fülle von Anregungen und Vorschlägen einer großen Zahl von Sozialwissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland. Die endgültige Auswahl des Fragenprogramms trafen die Antragsteller gemeinsam mit einem wissenschaftlichen Beirat, dessen Mitglieder auch selbst inhaltliche Vorschläge einbrachten.

Diesem wissenschaftlichen Beirat gehören an:

- o Prof. Dr. Klaus Allerbeck (Bielefeld)
- o Prof. Dr. Karl W. Deutsch (Harvard/Berlin)
- o Prof. Dr. Karl Otto Hondrich (Frankfurt)
- o Prof. Dr. Franz Xaver Kaufmann (Bielefeld)
- o Prof. Dr. Renate Mavntz (Köln)
- o Prof. Dr. Franz Urban Pappi (Kiel)
- o Prof. Dr. Hansgert Peisert (Konstanz)
- o Prof. Dr. Helge Pross (Siegen)
- o Prof. Dr. Burkhard Strümpel (Berlin)
- o Prof. Dr. Rudolf Wildenmann (Mannheim)
- o Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Mannheim)

8. Welche Forderungen wurden an das Fragenprogramm gestellt?

Es wurde solchen Fragen der Vorzug gegeben, die bereits in früheren Erhebungen gestellt wurden, sich methodisch bewahrt haben und wissenschaftlich diskutiert sind. Fragen, die nur Teile der Bevölkerung betreffen, konnten nur in eingeschränktem Maße aufgenommen werden. Darüberhinaus sollten die Fragen deskriptive und kausale Analysen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen erlauben.

9. Welche inhaltlichen Bereiche deckt das Fragenprogramm ab?

Das Fragenprogramm des ersten Nationalen Sozialen Survey enthält neben der ZUMA-Standarddemographie Fragen u.a. zu folgenden inhaltlichen Bereichen:

- o Wichtigkeit von Lebensbereichen, Einstellungen zur Ehe und Familie, Erziehungsziele;
- o Arbeitsorientierungen, Arbeitslosigkeit, latente Arbeitslosigkeit;
- o Einstellungen zu Gastarbeitern, Kontakte zu Gastarbeitern;
- o Einstellungen zu Behörden, Kontakte mit Behörden;
- o Wahrnehmung gesellschaftlicher Konfliktgruppen, politisches Interesse, Wahlabsicht, Parteienbewertung, ideologische Orientierung, politische Ziele, Einstellung zum Wohlfahrtsstaat, politische Probleme;
- o subjektive Schichtestufung, soziale Gerechtigkeit ('equity');
- o Freunde und Bekannte (Geschlecht, Alter, Verwandtschaftsbeziehung, berufliche Stellung und Tätigkeit, Parteipräferenz, gegenseitige Bekanntheit).

10. Wer betreut die Organisation und Durchführung des Projekts?

Die Organisation und Durchführung des Projekts Nationaler Sozialer Survey wird betreut vom:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V.
(ZUMA), B2, 1, 6800 Mannheim 1,
Tel.: 0621/12003

11. Wann, wo und wie sind die Ergebnisse zugänglich?

Die Archivierung und Weitergabe der Daten des Nationalen Sozialen Survey betreut das:

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung
Bachemer Str. 40. 5000 Köln 41,
Tel.: 444086-88, 4703155

Es werden folgende Datensätze verfügbar sein:

- o 'Hauptdatei': Datensatz mit ca. 3000 realisierten Interviews, ca. 100 Variablen.
- o 'Ausfalldatei': Datensatz mit Merkmalen (Kontaktprotokoll) der nicht-realisierten Interviews (Ausfälle), ca. 15 Variablen.
- o 'Methodendatei': Datensatz plus Interviewermerkmale und Kontaktprotokoll, ca. 120 Variablen.

Die letzten beiden Dateien sind in der Weitergabe an den Nachweis eines spezifischen wissenschaftlichen Forschungs- oder Lehrinteresses gebunden. Anfragen sind an ZUMA zu richten.

Die Daten werden in Zusammenarbeit von ZUMA und Zentralarchiv so aufbereitet und dokumentiert, daß sie für weitere Analysen problemlos benutzbar sind. Ein Datenband mit zugehörigem Codebuch kann zu Beginn des Sommersemesters 1980 beim Zentralarchiv angefordert werden (ZA Nr. 1000). Bei Bestellung der Daten wird um Angabe der technischen Spezifikation gebeten (z.B. 9-Snur, EBCDIC, SL, BLKSIZE = 4800).

12. Wie hoch sind die Kosten für diese Dienstleistungen?

Von Hochschulangehörigen und Hochschulinstitutionen wird eine Kostenbeteiligung für die Bereitstellung des Datenbandes (DM 100,-) und für das Codebuch (DM 25,-) erwartet. In begründeten Ausnahmefällen können bei ausschließlicher Selbstfinanzierung das Datenband und die Codebücher leihweise überlassen werden (Leihpauschale für ein Datenband DM 25,-, für ein Codebuch DM 10,-).

Für sonstige Personen und Institutionen werden die Gebühren für das Datenband DM 200,-, für das Codebuch DM 50,- betragen.

13. Wird es eine Veröffentlichung zum Nationalen Sozialen Survey geben?

Für das Spätjahr 1980 ist eine Publikation geplant, die methodische Berichte über den ersten Nationalen Sozialen Survey, eine Dokumentation der Fragenquellen und Vergleichsdaten und das Codebuch enthalten soll. Der Band wird in der ZUMA-Reihe 'Sozialwissenschaftliche Methoden' im Athenäum Verlag, Königstein, erscheinen. Die Benutzer des Nationalen Sozialen Survey sind bei

der Verwendung dieser Daten für eigene Veröffentlichungen keinerlei Beschränkungen unterworfen.

14. Wer erteilt nähere Auskünfte über den Nationalen Sozialen Survey?

- o Dr. Peter Schmidt, ZUMA, B2, 1, 6800 Mannheim, Tel.: 0621/12003
- o Dipl. Soz. Rolf Porst, c/o Lehrstuhl für Soziologie I, Universität Mannheim. Seminargebäude A5, 6800 Mannheim, Tel.: 0621/292 5321
- o Dr. Karl-Heinz Reuband (Tel.: 0221/470 3155) oder Dipl. Volksw. Rolf Uher (Tel.: 0221/444 086), Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41.

POLITICAL ACTION - AN EIGHT NATION STUDY

ZA NR. 0765 - ZUGÄNLICHKEIT A

Das Projekt

Die Achtländerstudie, die auch unter dem Namen "Octopus" bekannt ist, wurde Anfang der 70er Jahre geplant, nach einer Periode, die von Unruhe und von politischem Protest in den westlichen Industrieländern gekennzeichnet war. Formen konventioneller und unkonventioneller Partizipation sollten im Mittelpunkt dieser international vergleichenden Studie stehen. Ein Projekt ähnlicher Größenordnung und inhaltlicher Kompetenz hat es bis dahin im Bereich internationaler Sozialforschung nicht gegeben.

Nach einer Phase gemeinschaftlicher Planung wurden die Umfragen unter nationaler Verantwortung und Finanzierung in den Ländern Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Österreich, USA, Italien, Schweiz und Finnland durchgeführt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen 1973 (GB) und 1976 (CH). Der deutsche Teil des "Octopus", der Anfang 1974 im Feld war, liegt übrigens auch als Einzelstudie unter dem Titel "Politische Ideologie" (ZA Nr. 0757) im Zentralarchiv vor und wurde in der ZA-Information Nr. 4 vorgestellt. Als Primärforscher für die einzelnen Länder zeichnen verantwortlich: Mark Abrams, Alan Marsh (GB), Klaus R. Allerbeck, Max Kaase, Hans D. Klingemann (D), Philip Stouthard, Felix Heunks, Cees de Graaf (ML), Leopold

Rosenmayr, Anselm Eder, Inga Findl, Kathleen Stoffl, Flfie Urbas (A). Samuel H. Harnes, Ronald Ingelhart, M. Kent Jennings, Barbara Farah (USA), Giovanni Sartori. Alberto Marradi, Giacomo Sani (I), Henry H. Kerr, David Handley, Charles Rolf, Dusan Sidjanski (OH) und Pertti Pesonen, David K. Matheson , Risto Saenkiaho (SF).

Der Inhalt

Der Titel der Studie spricht einen wesentlichen Komplex aus dem Inhalt an. Die Palette möglicher Formen politischen Protests - von Unterschriftensammlung über Teilnahme an Demonstrationen bis zur Anwendung von Gewalt - wird abgedeckt. Wie werden die Aktionen beurteilt, wie effektiv sind sie, haben die Befragten selbst daran teilgenommen? In Anlehnung an die Studie "Civic Culture" von Almond/Verba sind Einzelfragen aufgenommen worden, die nach möglichen Maßnahmen regen als "ungerecht" eingestufte Gesetze und Verordnungen fragen.

Bewertung von und Lösungskompetenz der Regierungen in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen, Sympathisken für verschiedene Organisationen und Institutionen, Bewertung als repressiv empfundener staatlicher Maßnahmen und die Darstellung der Beziehungen zwischen Eltern- und Kindgeneration gehören als weitere Punkte in das inhaltliche Konzept.

Hin ausführlicher Block von Hintergrundvariablen erhöht die Attraktivität der Studie unter sekundäranalytischem Gesichtspunkt. Eine Reihe von Indices , die in der ersten Hauptveröffentlichung zum "Octopus": Political Action - Mass Participation in Five Western Democracies , Samuel H. Barnes, Max Kaase et al. , Beverly Hills, London 1979 benutzt und deren Ableitung im technischen Anhang des Buches geschildert werden, sind ebenfalls Bestandteil des Datensatzes.

Die Daten- und Textaufbereitung

Unter der Hauptverantwortlichkeit von Maria Wieken-Mayser wurden die Datensätze aus den acht Ländern sowie das jetzt erschienene Codebuch im Zentralarchiv bearbeitet.

Die Reihenfolge der Fragen und auch deren Formulierungen orientieren sich an dem englischen Fragebogen, der als erster im Feld war. Fragen wurden immer dann übernommen, wenn sie in mindestens drei Ländern erhoben wurden. Auf diese Struktur, den "common core" hat sich die "Octopusfamilie" vor der Aufbereitung geeinigt.

Diese Einigung war notwendig, weil trotz der gemeinschaftlichen Planung die unabhängig durchgeführten Untersuchungen teilweise erheblich voneinander abwichen.

Soweit wie möglich sind bei der Anpassung der Datensätze die länderspezifischen Codes beibehalten worden. Die oben bereits angesprochenen Indices wurden beim ICPSR erstellt und in der letzten Phase der Bearbeitung dem Datensatz hinzugefügt.

Das Codebuch dokumentiert die jeweils repräsentativen Teile aus den Samples der acht Länder - insgesamt 12.588 Befragte. Dieser Datensatz aller acht Länder ist ab dem 1. Juli 1980 für die wissenschaftliche Nutzung freigegeben.

Zusätzlich zu dem repräsentativen Teil sind weitere Interviews durchgeführt worden. Zu Jugendlichen (16 - 20 Jahre) und Elternteilen, die durch das Auswahlverfahren in das cross-section sample fielen, sind zusätzlich deren Elternteile bzw. Kinder befragt worden. Somit besteht die Möglichkeit, einen Datensatz für insgesamt 1635 Eltern-Kind Paare zu erstellen.

Der Datensatz und das Codebuch sind im Zentralarchiv erhältlich. Die Daten können in den üblichen Formaten - OSIRIS Systemfile oder card-image Format - zur Verfügung gestellt werden.

Technischer Hinweis: Auch wenn das Programmpaket OSIRIS in dem zur Verfügung stehenden Rechenzentrum nicht installiert ist und stattdessen, was die Regel sein dürfte, SPSS oder SAS benutzt werden, ist es dennoch möglich, mit dem OSIRIS-file zu arbeiten. Beide Programmsysteme verfügen normalerweise über "Interfaces", die einen unmittelbaren Zugriff auf diesen Datensatz erlauben. Der Vorteil: Schreiben der Input-Formate erübrigt sich.

Rolf Uher

DATEN DES ICPSR-ARCHIVS

Das Zentralarchiv steht in enger Kooperation mit zahlreichen europäischen und amerikanischen Datenarchiven. Im Rahmen einer Nationalen Mitgliedschaft dient das Zentralarchiv als Vermittlungsstelle für die Beschaffung von Daten (u.a. Codepläne, maschinenlesbare Daten) dieser ausländischen Datenarchive, z.B. denen des ICPSR (Inter-University Consortium for Political and Social Research, Ann Arbor, Michigan, USA).

Zur Zeit sind im Zentralarchiv ca. 120 Studien (davon die Hälfte Umfragen) des TOPSR direkt erhältlich. Diese sind in einer Broschüre dokumentiert, die auf Wunsch vom Zentralarchiv zur Ansicht zugesandt wird. - Darüberhinaus besteht per Bestellung Zugang zu dem Gesamtbestand von ca. 5000 Studien des ICPSR, die über den "Guide to Resources and Services" erschlossen werden können. Computerausdrucke des Guide to Resources kann das ZA leihweise zur Verfügung stellen.

Angeforderte Studien werden auf Magnetband an den/die Nutzer versandt. Dienstleistungen des Zentralarchivs bezüglich ICPSR-Daten werden analog zur Benutzungsordnung des Zentralarchivs abgewickelt. Interessenten setzen sich bitte in Verbindung mit: Gerhard Held, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41.

Gerhard Held

ZUR ENTWICKLUNG DES WESTEUROPA-DATENARCHIVS (WEDA)

Das Westeuropa-Datenarchiv ist ein gemeinsames Projekt des Zentralarchivs und der HIWED-Forschergruppe. Es wurde im Februar 1979 begonnen und wird für 3 Jahre von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert. Projektmitarbeiter sind Winfried Pfenning und Irene Bolz.

Mit dem Projekt soll der Grundstein gelegt werden für ein maschinenlesbares komparativ-historisches Aggregatdatenarchiv. Den Grundstock bilden die Daten, welche im HIWED-Projekt (Historische Indikatoren der Westeuropäischen Demokratien) gesammelt werden. Dieses Projekt wurde 1973 von Peter Flora und Wolfgang Zapf an der Universität Mannheim begonnen und seit 1977 unter der Leitung von Peter Flora an der Universität Köln fortgeführt. Sein wesentliches Ziel war die Erstellung eines Datenhandbuchs für westeuropäische Länder für den Zeitraum von 1815 bis 1975.

Seit 1977 hatten intensive Kontakte zwischen dem ZA und der HIWED-Forschergruppe und Beratungen über die Frage stattgefunden, wie die Daten für weitere Forschungen zugänglich gemacht werden könnten. Diese mündeten schließlich in der Überlegung, die methodisch-technische Kompetenz des ZA bei der Archivierung maschinenlesbarer Daten und die inhaltliche Erfahrung des HIWED-Projekts im Bereich komparativ-historischer Forschung in ein gemeinsames Projekt einzubringen. Die Finanzierung hatte zunächst über Drittmittel zu erfolgen, doch wurde vereinbart, daß Schritte unternommen würden, die langfristige Kontinuität des Archivs zu sichern. Dies soll im Zusammenhang eines größeren Verbundes von Datenarchiven realisiert werden, der sich derzeit im Planungsstadium befindet.

Das WEDA-Projekt hat insgesamt drei Ziele: Sein Hauptziel ist die Archivierung und Dokumentation der HIWED-Daten in maschinenlesbarer Form. Daneben soll der Datenbestand systematisch auf bisher nicht erfaßte Variablen ausgedehnt werden, was jedoch in der kurzen Laufzeit des Projekts nur exemplarisch geschehen kann. Das dritte Ziel ist die Zusammenstellung eines Handbuchs für interessierte Wissenschaftler, das über den Datenbestand des Archivs, sonstige verfügbare Daten und geeignete Analysepakete Auskunft gibt.

Die wichtigsten bei WZLA archivierten HIWED-Datensätze

Titel	Häufigkeit der Messung	Zeiträume	Fälle	Variable ¹ (Rohdaten)	Indexe ² (abgeleitete Größen)
Volkszählungen	Censusjahre	1900-1975	220	230	80
Bevölkerungsbewegungen	jährlich	1770-1975	2400	20	30
Sozialversicherung	jährlich	1870-1975	1500	30	20
Steuern	jährlich	1850-1975	1700	90	50
Staatsausgaben	jährlich	1850-1975	1500	70	100
Sozialprodukt	jährlich	1830-1975	1300	220	50
Bürokratie	unregelmäßig	1880-1975	600	20	10
Wahlen	Wahljahre	1870-1975	600	20	10
Gewerkschaften	jährlich	1890-1975	1300	40	20
Streiks	jährlich	1890-1975	1300	20	15
Bildung	5-Jahre	1840-1975	600	60	30
Einkommensverteilung	jährlich/ unregelmäßig	1870-1975	1000	200	?

¹Rohdaten sind Daten aus den Statistischen Quellen

²Abgeleitete Größen sind mittels der Rohdaten berechnete Indikatoren

Im zurückliegenden Jahr konzentrierte sich die Projektstätigkeit voll auf die Archivierung der HIWED-Daten. Sie bestehen aus 12 größeren Datensätzen (vgl. die Übersicht) und daneben einigen kleineren, die hier nicht erfaßt sind. Die Daten sind zum großen Teil bereits maschinenlesbar erfaßt und aufbereitet. Positiv hat sich dabei vor allem die enge Zusammenarbeit zwischen WEDA und HIWED ausgewirkt. So konnten bereits im Ansatz Probleme vermieden werden, welche üblicherweise bei der Erstellung von Datensätzen durch den Primärforscher entstehen. Deren Datensätze weisen in der Regel Inkonsistenzen auf, die der Primärforscher ohne weiteres in seinen Analysen berücksichtigen kann, da er ja genaue Kenntnisse über Erhebung und Verarbeitung seiner Daten besitzt. Dies gilt insbesondere für Daten aus der historisch-vergleichenden Forschung. Aus verarbeitungs- und analysetechnischen Gründen ist man immer wieder gezwungen, international und intertemporal nicht vergleichbare Kategorien zusammenzufassen. Für Sekundäranalysen sind solchermaßen konstruierte Datensätze nicht ohne weiteres nutzbar, sondern sie müssen entsprechend aufbereitet und dokumentiert werden. Dies ist normalerweise nur unter zeitraubenden Rückfragen bei den Primärforschern möglich. Durch die enge Zusammenarbeit mit der HIWED-Gruppe konnten viele mögliche Unklarheiten bereits bei der Datenerhebung vermieden werden und solche Probleme, welche sich erst im Verlauf der Datenprüfung herausstellen, durch Rückgriff auf die Quellen beseitigt werden.

Im Verlauf des letzten Jahres haben sich besonders zwei Probleme technischer Art herauskristallisiert:

- a) Es hat sich gezeigt, daß herkömmliche Programmpakete wie SPSS oder OSIRIS ungeeignet sind für die Verarbeitung von Aggregatdaten, weil sie nur Zahlen mit bis zu sieben Stellen Genauigkeit verarbeiten, Aggregatdaten aber oft größer sind. Dies macht die Datenprüfung zum großen Teil unmöglich.
- b) Bei der Verarbeitung von Aggregatdaten spielt, anders als bei der Umfrageforschung, das Ausdrucken der Daten eine große Rolle. Die Daten müssen nach jeder Rekodierung gelistet werden, um zu kontrollieren, ob keine Fehler oder Unklarheiten aufgetreten sind, teilweise sogar in speziellen Formaten, etwa als Kreuztabellen. Auch hier sind herkömmliche Programmpakete zumeist ungeeignet, weil sie ineffiziente Druckroutinen verwenden, teilweise nicht in der Lage sind, Daten mit Dezimalpunkten zu drucken, und auch kaum Optionen besitzen, besondere Ausgabeformate zu wählen.

Um die obigen Probleme zu bewältigen, mußten ad-hoc eigene Programme geschrieben werden in einem Umfang, wie es bei Projektbeginn nicht voraussehbar war. Diese Routinen, z.T. in FORTRAN, z.T. in problemorientierten Sprachen, wie UC/360, die jeweils nur unter großem Zeitaufwand erstellt wurden, ließen sich dann kaum weiterverwenden, wenn Probleme in ähnlicher Weise, aber mit leicht veränderten Datenformaten, vorlagen.

Dieser an sich unbefriedigende Zustand konnte zum größten Teil behoben werden durch die Acquisition des Programmsystems SAS (Statistical Analysis System), welches das zur Zeit höchst entwickelte Paket unter allen verfügbaren Systemen darstellt. Es bietet neben ausgedehntem Datenmanagement, Datenanalyse und flexiblen Druckausgaben auch Möglichkeiten, die an die Fähigkeiten höherer Programmiersprachen, wie FORTRAN oder PL/1 heranreichen und für Anwender einen weitgehenden Verzicht auf eigene Programme ermöglicht. SAS wird in Zukunft als zentrales Datenmanagementpaket eingesetzt werden.

Daraus ergibt sich bereits ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit, nämlich die Entwicklung bzw. Übernahme von Interfaces zu anderen Programmen, die es ermöglichen, SAS-Datensätze in jeder beliebigen Weise auszugeben und mit anderen Programmen weiter zu verarbeiten, was insbesondere für den Datenvertrieb von Bedeutung ist.

Der zweite Schwerpunkt umfaßt die Fertigstellung der oben erwähnten HIWED-Daten. Dazu zählt neben der endgültigen Datenaufbereitung vor allem die Produktion maschinenlesbarer Codebücher, die bereits begonnen wurde. Mindestens die Hälfte der oben erwähnten 12 größeren Datensätze wird bis Ende des Jahres für den Datenvertrieb zur Verfügung stehen.

Winfried Pfenning

**"PARTNERWAHL - KOALITIONSPRÄFERENZEN BEI PARTEIEN
UND WÄHLERN IN DER BUNDESREPUBLIK"**

Helmut Norpoth, Staatsuniversität New York, Stony Brook

In der Bundesrepublik, wie in den meisten parlamentarischen Demokratien, wird die Regierung in der Regel von einer Koalition unabhängiger Parteien statt von einer einzigen Partei gebildet. Anders als in Zweiparteiensystemen kann sich in Mehrparteiensystemen der Wählerwille nicht unmittelbar auf die Regierungsbildung auswirken. Die gewählten Parlamentsabgeordneten und ihre Parteien entscheiden darüber, welche Parteien und Politiker ins Kabinett einziehen. Dieser Umstand wirft die Frage nach dem Einfluß der Wählerschaft auf derartige Eliteentscheidungen auf. In welchem Maße orientieren sich Parteiführer bei der Regierungsbildung an den Koalitionspräferenzen der Wähler? Und anders herum gefragt: In welchem Maße orientieren sich die Bürger bei ihren Wahlentscheidungen an bisherigen oder erwarteten Koalitionsentscheidungen der Parteien? Der folgende Beitrag widmet sich der Erörterung dieser Fragen. Er verfolgt die Präferenzen der deutschen Wähler, was die parteiliche Zusammensetzung der Bundesregierung anbelangt, von 1961 bis 1976.

Hintergrund des Problems

Die Frage nach der Relevanz des Wählerwillens für die Regierungsbildung je nach Wahlrechts- und Parteiensystem hat eine Vielzahl von Politikwissenschaftlern beschäftigt (z.B. Duverger, Kaltefleiter, Scheuch und Wildenmann). Es trifft sicherlich zu, daß der Wähler höchstens mittelbar die Bildung der Regierung beeinflussen kann, solange nicht eine einzige Partei die absolute Mehrheit an Mandaten erringt. Allenfalls kann er die Anzahl der möglichen Parteikoalitionen bestimmen sowie die Wahrscheinlichkeit ihrer Bildung (Duverger 1963, S. 392). Je zersplitterter und ideologisch gespaltenere ein Parteiensystem ist, desto schwieriger hat es der Wähler, sich überhaupt eine Koalitionspräferenz zu bilden. Dies gilt insbesondere dort, wo sowohl die an der Regierung beteiligten Parteien als auch die Parteien der Opposition unter sich zerstritten sind; wo die Opposition aus zwei an den Extremen des politischen Spektrums angesiedelten Parteien besteht und innerhalb der Regierungskoalition jede Partei sich als Opposition zur Regierung versteht. Eine derartige Konstellation kennzeichnet ohne viel Abstriche die Weimarer Republik sowie die vierte französische (1946-1958) und die italienische Republik.

Downs (1957, S. 145) bezweifelt prinzipiell, daß Bürger in Vielparteiensystemen "rational" wählen können; dies umso weniger, je ungewisser die parteiliche Zusammensetzung der zukünftigen Regierung ist und je unklarer die Politik ist, welche die Parteien verfolgen werden, die die Regierungsgewalt übernehmen. Die Parteien machen es den Wählern nicht gerade leicht, indem sie sich oft die Koalitionsaussage offen halten. Den Parteien bleibt indes häufig keine andere Wahl angesichts der Ungewißheit des Wahlausgangs und der zukünftigen Sitzverteilung im Parlament. Parteien, die sich vor Wahlen auf eine bestimmte Koalition festlegen, erleben zuweilen nach der Wahl, daß der Wahlausgang den Koalitionsplan zunichte gemacht hat und sie zu einem Bruch ihrer Wahlversprechen zwingt.

In dem Maße, in dem sich die Ungewißheit über Wahlausgang und Anzahl der möglichen Koalitionen verringert, fällt es den Parteien leichter, sich vorher festzulegen. Damit wird auch die Aufgabe des Wählers leichter. Die Dreiparteienkonfiguration, die sich in der Bundesrepublik in den 50er Jahren etabliert hat, wirkt sicherlich in diese Richtung. Die Bundesrepublik stellt somit einen realistischen Testfall dar für die Untersuchung des Einflusses der Wählerschaft auf die Koalitionsentscheidungen der Parteien.

Die Daten für die Untersuchung

Die Untersuchung, über die im folgenden berichtet wird, stützte sich auf vier Wahlumfragen aus der Zeit von 1965 bis 1976. Diese Befragungen gehören zu einer 1953 beginnenden Serie von Studien, die im Rahmen des German Electoral Data Project vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung für Sekundäranalysen aufbereitet worden sind; an der Aufbereitung waren außerdem ZUMA in Mannheim und das ICPSR in Ann Arbor, USA beteiligt.

Die Daten der Wahlstudien wurden in der Regel mittels mehrstufiger, geschichteter Zufallsauswahlen erhoben. Die jeweilige Auswahl bezieht sich immer auf die Gesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Fallzahl schwankt von Studie zu Studie zwischen etwa 1200 und 2000. Die für diesen Beitrag benutzten Studien wurden entworfen und primär ausgewertet von: Max Kaase und Rudolf Wildenmann (1965), Hans D. Klingemann und Franz U. PapDi (1969), dem Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim (1972) und der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1976).

Bis auf die Studie 1965 sind die genannten Studien als "Panel" angelegt. Das heißt, sie enthalten Befragungen derselben Personen vor und nach der jeweiligen Wahl; in den Studien 1972 und 1976 wurden Befragte sogar zweimal vor der Wahl erreicht. Wie sich noch herausstellen wird, erweist uns die Verfügbarkeit von Panelstudien unschätzbare Dienste bei der Analyse des Präferenzwandels 1969.

Es sei hinzugefügt, daß die Angaben zu 1961 dem Allensbacher Jahrbuch der öffentlichen Meinung entnommen sind.

Koalitionspräferenzen der deutschen Wähler

Tabelle 1 gibt die Verteilung der Koalitionspräferenzen deutscher Wähler von 1961 bis 1976 wieder, aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz (Wahlabsicht) des Befragten. Es zeigt sich, daß 1961 Anhänger der CDU/CSU und der FDP mehrheitlich eine Koalition dieser beiden Parteien befürworteten. Eine derartige Koalition wurde in der Tat nach der Wahl gebildet, wenn auch nur mühsam infolge des Tauziehens zwischen Adenauer und der FDP um die Kanzlerschaft. Das 1961er Muster der Koalitionspräferenzen wiederholt sich 1965. Die bestehende Koalition wurde nach der Wahl fortgesetzt, im Einklang mit den Präferenzen der Anhänger der betreffenden Parteien.

Das Muster ändert sich jedoch 1969. Am Vorabend der Wahl 1969 sprachen sich die Anhänger von sowohl CDU/CSU als auch SPD mehrheitlich für eine Koalition dieser beiden Parteien aus. Die Koalitionsentscheidung der SPD-Führung unmittelbar nach der Wahl ging jedoch in eine andere Richtung. Im Gegensatz zur Alternative, die von zwei Dritteln der Anhänger dieser Partei befürwortet worden war, bildete die SPD eine Koalition mit der FDP, deren Wähler indes diese Koalition mehrheitlich gewünscht hatten.

Die Ergebnisse aus den Jahren 1972 und 1976 liefern wieder ein Muster, das sich mit dem der Jahre 1961 und 1965 deckt. Die Anhänger von SPD und FDP befürworteten mit großer Mehrheit die Koalition, die von diesen beiden Parteien nach den jeweiligen Wahlen gebildet wurden. Insgesamt zeigt sich also, daß mit Ausnahme von 1969 die Parteien nach einer Wahl diejenige Koalition eingehen, die ihre jeweiligen Anhänger in der Wählerschaft vor der Wahl am meisten bevorzugten. Ist damit der Einfluß des Wählerwillens auf die Koalitionsbildung belegt? Wohl kaum.

Tabelle 1. Parteipräferenz (Wahlabsicht) und Koalitionspräferenz in der deutschen Wählerschaft 1961-1976

Koalitionspräferenz	Parteipräferenz					
	1961			1965		
	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP
CDU/CSU und SPD	32	83	18	37	70	5
CDU/CSU und FDP	68	17	82	63	5	73
SPD und FDP	--	--	--	0	25	22
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(N)	--	--	--	(422)	(244)	(59)
Koalitionspräferenz	1969			1972		
	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP
	CDU/CSU und SPD	83	67	21	58	20
CDU/CSU und FDP	15	0	23	39	3	25
SPD und FDP	2	33	56	3	77	67
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(N)	(277)	(243)	(39)	(262)	(589)	(106)
Koalitionspräferenz	1976					
	CDU/CSU	SPD	FDP			
	CDU/CSU und SPD	16	9	3		
CDU/CSU und FDP	80	2	21			
SPD und FDP	4	89	76			
Summe	100%	100%	100%			
(N)	(533)	(637)	(136)			

Man kann die Sache auch herumdrehen und den Schluß ziehen, daß bestehende Koalitionen von den Wählern der betreffenden Parteien nachträglich gebilligt werden. Dies könnte in vier der fünf Fälle geltend gemacht werden: vor der Wahl 1961 bestand keine Koalition. Nachträgliche Billigung der jeweils bestehenden Koalition ist jedoch kein Beleg für Einfluß der Wählerschaft. Die Vermutung liegt nahe, daß nicht Parteien in ihren Entscheidungen von Wählern, sondern umgekehrt Wähler in ihren Präferenzen von Parteien gelenkt werden.

Die Frage nach der Richtung des kausalen Flusses läßt sich kaum mit Daten beantworten, die nur zu einem Zeitpunkt erhoben worden sind. Was wir benötigen, ist ein Panel, d.h. eine Befragung derselben Personen zu verschiedenen Zeitpunkten. Glücklicherweise ist die Studie zur Wahl 1969 als Panel angelegt. Damit ergibt sich die Möglichkeit, die Einflußfrage auf "quasi-experimentelle" Weise zu untersuchen. Da sich während dieser Panelstudie die Regierungskoalition änderte, handelt es sich um einen ganz besonderen Glücksfall.

Wandel der Koalitionspräferenzen 1969

Erinnern wir uns, daß ungeachtet einiger Vorzeichen, wie etwa Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten im Frühjahr, die Große Koalition bis zum Wahlsonntag 1969 regierte. Die in Tabelle 1 vorgelegten Angaben zu 1969 entstammen aus der Zeit des Wahlkampfes. Aus dieser Tabelle geht klar hervor, daß die Koalition nicht nur 1969, sondern bereits 1965, ja 1961, überwiegend von SPD-Anhängern gewünscht wurde. Unmittelbar nach der Wahl bildeten SPD und FDP eine bis dahin auf Bundesebene unerprobte Koalition. Die zweite Welle des 1969er Panels fällt in die Zeit nach dieser Entscheidung. Unter den Fragen der Nachwahlwelle befindet sich erfreulicherweise auch die Frage nach der bevorzugten Koalition. Wie verteilen sich die Koalitionspräferenzen der SPD-Anhänger nach der Wahl? Wie reagieren diese Wähler auf den Wandel ihrer Partei?

Tabelle 2 gibt die Koalitionspräferenzen dieser Gruppe vor und nach der Wahl 1969 wieder. Unter Berücksichtigung der Alternative "SPD allein", die in Tabelle 1 nicht aufgeführt war, ergibt sich folgendes Bild: Vor der Wahl sprachen sich 36 Prozent für eine Koalition mit der CDU/CSU aus gegenüber nur 22 Prozent, denen eine Koalition mit der FDP lieber war. Kaum vier Wochen nach der Wahl hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, und die Koalition mit der FDP ge-

nießt die größere Unterstützung. Zwischen den beiden Wellen des Panels blieb gerade die Hälfte der SPD-Anhänger ihrer Koalitionspräferenz treu. Nur einer von je drei Befragten, die vorher eine CDU/CSU-SPD Koalition befürworteten (13 aus 36), hält diese Präferenz nach der Wahl weiter aufrecht. Fast genau so viele (12 aus 36) wenden sich davon ab und der neuen Koalition mit der FDP zu. Gleichzeitig wechselt nicht ein einziger in die umgekehrte Richtung, d.h. zur CDU/CSU-SPD Alternative (0 aus 22).

Tabelle 2. Koalitionspräferenzen der SPD-Anhänger vor und nach der Wahl 1969

		Nach der Wahl			Summe
		CDU/CSU und SPD	SPD allein	SPD und FDP	
Vor der Wahl	CDU/CSU und SPD	13	11	12	36
	SPD allein	6	20	15	41
	SPD und FDP	0	8	14	22
	Summe	19	39	41	99%

(N=252)

Tabelle 2 offenbart eine erdrutschartige Verschiebung der Koalitionspräferenzen, die die Hälfte der SPD-Anhänger umfaßt und eindeutig in die Richtung der gerade geschaffenen Koalition aus SPD und FDP zielt. Alles in allem, lassen wir die - aussichtslose - Alternative "SPD allein" beiseite, ist die Verteilung der Koalitionspräferenzen unter SPD-Anhängern unmittelbar nach der Wahl 1969 nicht weit von der Verteilung drei Jahre später am Vorabend der Wahl 1972 entfernt. Es fällt schwer, dem Schluß auszuweichen, daß SPD-Anhänger sich rasch dazu bereitfanden, die Koalitionsentscheidung ihrer Partei nachzuvollziehen.

Ähnliches darf bei Anhängern der CDU/CSU vermutet werden. Bei ihnen verdrängt von 1965 bis 1969, wie Tabelle 1 belegt, die SPD die FDP als höher eingeschätzter Koalitionspartner. Trenddaten über Parteiensympathien in der deutschen Wählerschaft weisen auf Ende 1966 als Zeitpunkt des Umschwungs (Klingemann und Pappi 1970), also genau den Augenblick, als die CDU/CSU - FDP Koalition zerbrach und die CDU/CSU mit der SPD eine Große Koalition einging.

Reaktionen der Wähler auf Koalitionsentscheidungen
der Parteien

Auch wenn die Koalitionspräferenzen vieler Wähler an den Entscheidungen der Parteien ausgerichtet sind, so ist allein damit nicht die Einflußlosigkeit der Wählerschaft bewiesen. Immerhin ist es denkbar, daß Wähler aus Verärgerung und Enttäuschung über Koalitionsentscheidungen ihrer bis dahin bevorzugten Partei den Rücken kehren oder sie zumindest mit vermindelter Begeisterung unterstützen. Ist nicht zu vermuten, daß zumindest etliche SPD-Anhänger, die vor der Wahl 1969 eine Koalition mit der CDU/CSU befürworteten, sich nach der Wahl negativ über die SPD äußern, insbesondere wenn sie auch nach der Wahl noch an einer derartigen Koalition festhalten? Die Vermutung bestätigt sich nicht. Allenfalls fünf von je hundert Befragten in dieser Gruppe gaben nach der Wahl an, die SPD gefiele ihnen jetzt weniger; nur zwei von ihnen verwiesen dabei auf die Koalition mit der FDP.

Nahezu dasselbe Muster liefern die Anhänger der CDU/CSU. Dabei läge es nahe, daß einige von ihnen, die 1965 eine Koalition mit der FDP unterstützten, nach 1966 Grund zur Enttäuschung über ihre Partei gehabt hätten. Welche Enttäuschung es auch immer gegeben haben mag, am Vorabend der Wahl 1969 war davon nichts zu spüren. Selbst diejenigen Anhänger der CDU/CSU, die auch noch 1969 eine Koalition mit der FDP befürworteten - eine kleine Gruppe, zugegeben -, schätzten ihre Partei genau so hoch ein wie jene, die 1969 die Koalition mit der SPD bevorzugten. Bei beiden Gruppen erzielte die CDU/CSU einen Medianwert an Sympathie von 4,3 auf einer Skala von -5 bis +5.

Angeichts dieser Befunde mag der Leser verzweifelt fragen, ob sich denn überhaupt keine nachteiligen Regungen in der deutschen Wählerschaft auf die Koalitionsentscheidungen der Parteien zeigen. Hatte nicht doch die SPD 1966 einen harten Kampf um die Billigung der Großen Koalition zu fechten? Mußte sie nicht in Landtagswahlen 1967 für jene Entscheidung Stimmverluste hinnehmen? Profitierte nicht die NPD derzeit von diesem Mißmut? Welche Rückschläge dieser Art auch immer eingetreten sein mögen, sie hielten sich langfristige und auf Bundesebene in engen Grenzen. Es sei noch einmal daran erinnert, daß Anhänger der SPD schon 1961 - und das trifft wohl auch für die 50er Jahre zu - überwiegend eine Koalition mit der CDU/CSU befürwortet hatten.

Wenn wir negative Reaktionen der Wähler auf Koalitionsentscheidungen der Parteien aufspüren wollen, müssen wir uns der FDP zuwenden. Dieser Partei ist die beneidenswerte Rolle des Züngleins an der Waage innerhalb des deutschen Parteiensystems zugefallen. Merkwürdigerweise hat sie diese Rolle nur widerwillig angenommen. Die FDP versteht sich weitgehend als "liberales Korrektiv" gegenüber derjenigen großen Partei, an die sie sich über längere Zeit hin bindet; von 1949 mit Unterbrechungen bis 1966 im Falle der CDU/CSU und seit 1969 im Falle der SPD.

Der Übergang von einer zur anderen Koalitionsbindung macht deutlich, daß diese Partei - immer in ängstlicher Nähe der Fünfprozentklausel - dem Wählerunwillen stärker ausgesetzt ist, als es die beiden großen Parteien sind. Aus den hier benutzten Wahlstudien geht hervor, daß nur 40 Prozent der Wähler, die 1965 diese Partei unterstützten, auch 1969 bereit waren, für die FDP, aus der mittlerweile die F.D.P. geworden war, zu stimmen. Der Verlust von 60 Prozent war der Preis für die Abkehr von der CDU/CSU. Beinahe hätte dieser Verlust die Rückkehr der FDP in den Bundestag verhindert. Sicherlich ist Vorsicht geboten bei der Analyse einer so kleinen Gruppe wie der FDP-Wähler von 1965, die in der Wahlstudie 1969 erfaßt sind. Aber die Angaben weisen alle in dieselbe Richtung. Von den ehemaligen FDP-Wählern, die auch 1969 vor der Wahl noch eine Koalition mit der CDU/CSU befürworteten, stimmten nur 17 Prozent 1969 für die FDP. Andererseits stimmten 68 Prozent derjenigen FDP-Wähler, die jetzt eine Koalition mit der SPD bevorzugten, 1969 für die FDP.

Im Unterschied zu Befragten, die sich zur CDU/CSU oder zur SPD bekennen, halten Anhänger der FDP mit Unmut über unliebsame Koalitionsentscheidungen ihrer Partei nicht zurück. In der Präferenz für die FDP äußert sich in großem Maße eine Koalitionspräferenz. Sobald diese Partei die sich daraus ergebende Erwartung des Wählers enttäuscht, entfällt für viele dieser Wähler der entscheidende Grund, die FDP bei der Wahl zu unterstützen.

Abschließende Bemerkungen

Die Anhänger der beiden großen Parteien in der Bundesrepublik, so lautet das Fazit dieses Beitrags, folgen mehrheitlich in ihren Koalitionspräferenzen den Entscheidungen der Parteien. Die Führer dieser Parteien können es sich daher leisten, wenn notwendig oder opportun, bestehende Koalitionsbindungen

aufzulösen und neue zu knüpfen, ohne dabei Stimmenverluste befürchten zu müssen. Diese Parteien erfreuen sich somit eines Spielraums für Koalitionen, der den Parteien der Weimarer Republik versagt war (Kaack 1971).

Die Immunität gegen Wählerverluste mag begründet sein im Fehlen ernsthafter Parteien an den äußeren Flanken der großen Parteien. Seit 1953 ist es keiner neuen Partei mehr gelungen, in den Bundestag einzuziehen. Aber auch davon abgesehen ist es auffallend, daß Anhänger der großen Parteien nicht einmal Unmut über ihren Präferenzen zuwider laufende Koalitionsentscheidungen äußern.

Es ist die FDP, die mit derartigem Wählerunwillen rechnen muß. Die Unterstützung für diese Partei steht und fällt bei einem beträchtlichen Anteil der FDP-Anhänger mit der Koalitionsfrage. Diese Partei ist gut beraten, die Koalitionspräferenzen ihrer Anhängerschaft zu beachten. Es gehört zu den Ironien der Koalitionspolitik, daß somit eine kleine Minderheit dazu beiträgt, daß die Wählerschaft insgesamt einen gewissen Einfluß auf Koalitionsentscheidungen der politischen Elite ausübt.

Literatur

- Downs, A., *An Economic Theory of Democracy*. New York, 1957 (deutsche Übersetzung 1968 Tübingen)
- Duverger, M., *Political Parties*. New York, 1963.
- Kaack, H., *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. Köln, Opladen, 1971
- Kaltefleiter, W., *Im Wechselspiel der Koalitionen*, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Bd. 5, 1970
- Klingemann, H.D. und F.U. Pappi, *Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28.9.1969*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 11, 1970, S. 111-138
- Scheuch, E.K., *Der deutsche Wähler und ein alternierendes Regierungssystem*, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Bd. 2, 1967, S. 19 7-221
- Scheuch, E.K. und R. Wildenmann (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl*. Köln, Opladen, 1965

Daten

Kaase, M. und R. Wildenmann	Bundestagswahlstudie September 1965 (ZA Nr.0556)
Klingemann, H.D. und F.U. Pappi	Bundestagswahlstudie 1969 (ZA Nr.0426/427)
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Mannheim	Bundestagswahlstudie 1972 (ZA Nr.0635/636/637)
Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim	Bundestagswahlstudie 1976 (ZA Nr.0823/824/825)
Noelle, E. und E.P. Neumann	Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964. Allens- bach, 1965

ARBEITSBUCH ZUR SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN METHODENLEHRE

Helmut Norpoth
"Wählerverhalten in der Bundesrepublik"

Das dritte Zentralarchiv Arbeitsbuch ist als Einführung in die praktische Datenanalyse für den Bereich: "Wahlen, Parteien und öffentliche Meinung" gedacht (erscheint im Herbst 1980). Es verknüpft Elemente eines Lehrbuches mit denen eines Übungsbuches, vermittelt einen Einstieg in die Theorie des Wählerverhaltens sowie Anleitungen zu empirischen Tests und verweist auf die bedeutendsten Beiträge der Wahlforschung. Im einzelnen werden behandelt: Politische Beteiligung, Bindungen an politische Parteien, Primärumwelt und Parteibindungen, Soziale Cleavages und Parteibindungen, Politische Sachfragen (Issues) und Wahlentscheidung, Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung. Die Daten, die zur Lösung der Aufgaben gehören, stammen aus fünf verschiedenen Umfragen anlässlich der Bundestagswahlen 1961, 1965, 1969, 1972 und 1976. Sie sind vom Zentralarchiv analysegerecht aufbereitet und werden auf Anfrage gegen eine Benutzungsgebühr zur Verfügung gestellt.

BERICHT ÜBER DAS ZENTRALARCHIV FRÜHJAHRSSEMINAR
VOM 25.2. BIS 14.3,1980
"MEHREBENENANALYSE"

Nahezu alle sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die mit Umfragen arbeiten, analysieren den Einfluß individueller Merkmale auf individuelle Handlungen, Einstellungen oder Entscheidungen. Der Einfluß der sozialen Struktur, in der die Individuen leben, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld. Verfahren, die zugleich den Einfluß individueller und struktureller Merkmale auf individuelle Handlungen, Einstellungen oder Entscheidungen prüfen, sind unter dem Namen "Mehrebenenanalyse" bekannt geworden. Mehrebenenanalysen versuchen, mikro- und makrosoziologische Betrachtungsweisen zu verbinden. Sie stellen weniger ein statistisches Analyseverfahren als eine Forschungsstrategie dar. Dabei wird grundsätzlich zwischen zwei Gruppen struktureller Variablen unterschieden: Gruppenkompositions- und Globalvariablen. Gruppenkompositionsvariablen ergeben sich aus der Verrechnung von Individual- zu Aggregatwerten (z.B. der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen einer Region oder die Durchschnittsintelligenz einer Schulklasse), Globalvariablen kennzeichnen das Aggregat, ohne auf Individualmerkmale zurückgeführt werden zu können (z.B. die infrastrukturelle Ausstattung einer Region oder der curriculare Schwerpunkt einer Schulklasse). Mehrebenenanalysen im engeren Sinne befassen sich nun mit individuellen Einflüssen und Gruppenkompositionseinflüssen: entsprechende Verfahren bildeten auch den Schwerpunkt des ZA-Frühjahrsseminars 1980.

Die Mehrebenenanalyse geht - statistisch gesehen - aus vom allgemeinen linearen Modell, das in einer bestimmten Form modifiziert werden muß. wenn die gleichen Variablen nicht nur als Individual-, sondern auch als Aggregatvariable eingeführt werden. Sobald sich solche aggregierten Variablen empirisch als erklärungskräftig für individuelles Handeln erweisen, ergibt sich die Frage, wie man diesen Einfluß struktureller Merkmale auf individuelles Handeln theoretisch erklären kann. Diese Überlegungen legten eine Dreiteilung der Hauptvorlesung des Frühjahrsseminars nahe. Zunächst mußte das allgemeine lineare Modell als solches vorgestellt bzw. rekapituliert werden, dann die Modifikationen des allgemeinen linearen Modells in der Mehrebenenanalyse und schließlich theoretische Erklä-

rungen für Effekte von Variablen der Gruppenkomposition auf individuelles Handeln behandelt werden. Die erste Aufgabe wurde von Dr. Jörg Graff (Hamburg), die zweite von Prof. Dr. P.U. Pappi (Kiel) und die dritte von Prof. Dr. H.-J. Hummell übernommen. Die drei Teile der Hauptvorlesung bildeten drei aufeinanderfolgende Blöcke von jeweils einer Woche Dauer.

Graff behandelte zunächst die wichtigsten Elemente der einfachen und multiplen Regressionsrechnung und Pfadanalyse. Im Vorgriff auf die Vorlesungen der folgenden Woche wurde dabei besonderer Wert gelegt auf die Probleme der Standardisierung von Koeffizienten und auf die Möglichkeit von Interaktionseffekten; denn Individualzusammenhänge können zwischen verschiedenen Kontexten nur anhand unstandardisierter Koeffizienten verglichen werden und Unterschiede der Individualzusammenhänge zwischen Kontexten tauchen in einer zusammenfassenden Darstellung über alle Kontexte als Interaktionseffekte auf. Weiterhin wurden nichtlineare Beziehungen zwischen Variablen - die, wenn sie auf der Aggregatebene auftauchen, auf unterschiedliche Individualzusammenhänge zwischen Kontexten deuten - und die Kovarianzanalyse behandelt, die in der Mehrebenenanalyse häufig als Analyseinstrument verwandt wird.

Pappi gab einen Überblick über die Entwicklung der Mehrebenenanalyse und über die Erwartungen, die an sie vor allem von Soziologen gerichtet waren. Er stellte das Kovarianztheorien und die Typen von Fehlschlüssen vor, die beim Wechsel der Ebenen zwischen Fragestellung und Analyse auftauchen können: Ebenso wie den "Ökologischen Fehlschluß", der von Zusammenhängen zwischen Aggregatvariablen ohne weitere Prüfung auf Zusammenhänge zwischen Individualvariablen schließt, gibt es den "Individualistischen Fehlschluß", in dem alle gemessenen Zusammenhänge ohne weitere Prüfung als Individualzusammenhänge interpretiert werden. Als zentrales statistisches Instrument für Mehrebenenanalysen stellte Pappi die pfadanalytische Zerlegung einer Korrelation in die auf der Individual- und auf der Aggregatebene bedingten Bestandteile dar. Diese Zerlegung beruht auf Kovarianzanalysen und der in der Kovarianzanalyse notwendigen Annahme der gemeinsamen Steigung der Regressionsgeraden in jedem Kontext. Pappi führte vor, wie diese Annahme geprüft und wie das Modell, falls die Annahme widerlegt wird, modifiziert werden kann.

Hummell schloß an die pfadanalytische Zerlegung einer Gesamtkorrelation in Individual- und Aggregatanteile an und stellte die Frage, wie die in dieser Zerlegung

enthaltenen Einflüsse von Aggregat- auf Individualmerkmale denkbar seien. Eine mögliche Erklärung bildet die wechselseitige Beeinflussung der Individuen im gleichen Kontext nicht auf der unabhängigen, sondern der abhängigen Variablen: in der Terminologie der Pfadanalyse: endogene Rückkopplung. Empirisch müßte sich eine solche Erklärung auf eine Erhebung der Beziehungen zwischen allen Paaren von Individuen in einem Kontext stützen. Hummell stellte die drei Verfahren dar, die in der Pfadanalyse zur Analyse von Rückkoppelung verwandt werden: das Verfahren der Instrumentalvariablen, der indirekten kleinsten Quadrate und der Zweistufenschätzung der kleinsten Quadrate. Weiterhin stellte er die Konsequenzen eines dynamischen Modells mit einem multiplikativen Ansatz für eine statistische Analyse zu einem Zeitpunkt mit einem additiven Ansatz vor: Die im dynamischen Modell multiplikativ gedachten Kontexteffekte erscheinen im statischen Modell nicht als gesonderte Variable, sondern stecken als - von Kontext zu Kontext variabler - Quotient in den Koeffizienten für die additiv eingeführten Individualeffekte. Schließlich behandelte Hummell die Unterscheidung zwischen der Sozialisation in Kontexten und der Selektion in Kontexte hinein: beides könnte eine Erklärung für Effekte des Kontextes sein, aber entgegen allen Erwartungen ist der Anteil der Selektion an Kontexteffekten empirisch größer als der Anteil der Sozialisation.

Die Arbeitsgruppen bezogen sich auf drei Themenbereiche, in denen statistische Aggrerate als reale soziale Kontexte gegeben sind und exemplarisch mehr-ebenenanalytische Forschungen durchgeführt wurden: auf die Stadtsoziologie, in der das städtische Milieu im Viertel einen Kontext des Alltagslebens bildet, auf die Schulsoziologie, in der Kontexte durch Klassen oder Schulen festgelegt sind, und auf die Wahlsoziologie, in der Wahlkreise Kontexte der Orientierung bilden.

Der Arbeitsgruppe "Städtisches Milieu und Lebensqualität" (Dipl.-Vw. Ferdinand Böltken) lag eine Erhebung des Städtebauinstituts Nürnberg (SIN. Städtebauliche Datenerfassung 1969, ZA Nr.0551) zugrunde, die 1969 in jeweils drei Gebieten von sechs Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Untersuchungsgegenstand waren die Wohnverhältnisse und die Wohnzufriedenheit sowie das Verhalten im und die Einstellung zum Wohngebiet. Neben den Merkmalen der Befragten waren die Stadtgebiete durch einige meist qualitative Merkmale gekennzeichnet, die sich nur beschränkt für quantitative Analysen nutzen ließen. Es mußten daher Aggregatmerkmale aus den Angaben der Befragten selbst gebildet

werden. Darüberhinaus wurden der amtlichen Statistik Daten über die Stadtteile, in denen die Untersuchungsgebiete lagen, sowie über die jeweiligen Gemeinden entnommen und dem Datensatz zugelesen.

In der Arbeitsgruppe "Soziale Herkunft, schulisches Milieu und Bildungsaspirationen" (Dr. Heiner Meulemann) wurde untersucht, wie stark die soziale Position der Eltern auf der einen, das schulische Milieu auf der anderen Seite die Bildungsaspirationen der Schüler bestimmen. Die Ausgangsdaten stammen aus einer schriftlichen Befragung von Untersekundanern und ihrer Eltern in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1969 (ZA Nr.0600 und 0639); zur Kennzeichnung des schulischen Milieus wurden diese Daten um sozial-ökologische Daten des schulischen Einzugsbereichs und um Informationen aus einem informellen Interview mit den Direktoren der Schulen erweitert (ZA Nr.0996).

Grundlage der Arbeitsgruppe "Soziale Umwelt und Wahlverhalten" (Dr. Karl-Heinz Reuband) war eine bundesweite Umfrage, die 1969 im Zusammenhang mit der Bundestagswahl erstellt worden war (ZA Nr.0426). Zusätzlich zu den vorhandenen Aggregatdaten über die soziale Zusammensetzung der Gemeinde, in der die Befragten lebten, wurden noch die entsprechenden Daten über die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1965, 1969 und der vorangehenden Landtagswahl hinzugelesen. Untersuchungsgegenstand war die Frage, wie Primärumwelten und Wahlpräferenz in der Gemeinde sich auf die eigene Bewertung von Parteien auswirken, und welcher Zusammenhang zwischen Primärumwelten und Wahlpräferenz in der Gemeinde existiert.

Neben der Vorlesung und *den* Arbeitsgruppen waren Gastvorträge über mehrebenenanalytische Forschungsprojekte Bestandteil des Frühjahrsseminars. Prof. Dr. W.H. Eirmbter (Trier) sprach über das Thema "Zur Praxis von Mehrebenenanalysen am Beispiel einer Untersuchung der Bildungsaspirationen von Gymnasiasten." Dr. Rainer Welz (Mannheim) berichtete über "Epidemiologische Mehrebenenanalysen am Beispiel von Selbstmordversuchen". Dr. Bernhard Treiber und Dr. Wolfgang Schneider (Heidelberg) sprachen über "Mehrebenenanalysen sozialstruktureller Bedingungen schulischen Lernens: Eine Untersuchung über den Lernfortschritt an Hauptschulen in Baden-Württemberg".

Während des Frühjahrsseminars hatten die Teilnehmer in drei Vorträgen Gelegenheit, Funktionen und Dienstleistungsangebote des Zentralarchivs kennenzulernen. F. Rose stellte die Bestände, Methoden der Aufbereitung und Möglichkeiten der Nutzung des Zentralarchivs

vor und gab in einer weiteren Referat einen Überblick über einen Spezialaspekt der Datenaufbereitung, der für das Hauptthema wesentlich ist: die Kombination von Individual- und Regionaldaten. E. Mochmann führte den Aufbau und die Arbeitsweise des Zentralarchiv Aufbereitungs- und Rückgewinnungssystems für Fragen aus Umfragen der Sozialforschung (Z.A.R.-System) vor.

Heiner Meulemann

ICPSR-SUMMER SCHOOL 1081

Im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Inter-University Consortium for Political and Social Research (ICPSR) koordiniert das Zentralarchiv die Anmeldungen für die jährlich im Juli/August stattfindende "Summer School" in Ann Arbor, Michigan, USA. Zwar sind die Teilnehmer für die diesjährige "Summer School" bereits ausgewählt, Interessenten für die Summer School 1981 sollten sich jedoch bis spätestens Ende Oktober 1980 in Verbindung setzen mit: Gerhard Held, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41.

Es wird darum gebeten den genannten Termin einzuhalten, da einerseits die Teilnehmerzahl beschränkt ist, andererseits die individuell zu stellenden Förderungsanträge bei DFC bzw. DAAD an Fristen gebunden sind.

Gerhard Held

ENTWICKLUNGSRICHTUNGEN IN DER SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN
DATENVERARBEITUNG - AUSSCHNITTE AUS DEN ECPR-WORKSHOPS
IN FLORENZ, 25. - 30. MÄRZ 1980

Intensive Diskussionen, Planungssitzungen und Gruppenarbeit, dazu ein reichhaltiges und attraktives "soziales Programm", da blieb nicht viel Zeit für die Medici-Ausstellung. In 21 Workshops zeigte sich bei Themen, wie "A Crisis of the European Welfare States?" (Peter Flora), "Direct Elections to the European Parliament" (Karlheinz Reif) oder "Terrorism in West European Liberal Democracies" (Juliet Lodge) unmittelbar europäischer Bezug. Aber auch in den anderen Workshops konnte eines der Hauptziele des ECPR, Politikwissenschaftler aus Europa zum Informationsaustausch und gegenseitiger Anregung zusammenzubringen, realisiert werden. Allerdings muß man mit den Programmen des jeweiligen Workshops schon vertraut sein. Der Zugang als Gast ist schwer und ohnehin nur über den jeweiligen Workshop-Direktor möglich. Daher blieb man nach Themen sortiert unter sich und nutzte die Vorteile angeregter Experten-gespräche. So auch im Workshop der Methodenspezialisten "New Trends in Social Science Computing". Unter Leitung von David Handley wurden Auswirkungen der Hard- und Software-Entwicklung, insbesondere Datenanalysepakete und Computernetzwerke (Verhoef) diskutiert. Wilke stellte sein Projekt zum Leistungsvergleich der wichtigsten Datenanalysepakete vor. Aarebrot reflektierte besondere Probleme der Sekundäranalyse von Sekundärdaten. Als neue Systementwicklung wurden vorgestellt STAP (Niemöller, Wijngaart), eine Sammlung von Analyseprogrammen zur Ergänzung von SPSS, GRADAP (Schmidt, Veen) und SNAP (Payne) als integrierte Pakete für die Netzwerkanalyse und schließlich EDA (Horber) als Konzept für die explorative Datenanalyse, unter Orientierung an den Arbeiten von J.W. Tukey.

Unter dem Thema "Computer Strategies for Communications Analysis" (Mochmann) wurden neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der computerunterstützten Inhaltsanalyse diskutiert. Bei zwei Beiträgen zur Computer-Simulation "The use of computerized Monte Carlo Simulation in Political Analysis" (Schrodt) und "Laws of Development of International Systems" (Petersen) zeigte sich einheitlich der Wunsch nach intensiverer Auseinandersetzung und Kontrastierung von empirischen Analysen auf Basis traditioneller Verfahren mit Modellbildungen und Computer-Simulation. Diesem Thema soll der Workshop 1981 gewidmet werden.

Ekkehard Mochmann

Wiederholt erreichen uns Anfragen zum ECPR. Mit dem Bericht von Ian Rudge möchten wir eine kurze Übersicht über Ziele und Dienstleistungen des ECPR geben.

EUROPEAN CONSORTIUM FOR POLITICAL RESEARCH (ECPR)

The European Consortium for Political Research is the major body concerned with the growth and development of political science in Europe. Grouping 100 institutions across 15 countries, it is also the leading European spokesman for social sciences as a whole. Its major activities include publication of the authoritative European Journal of Political Research and the European Political Data Newsletter; the holding of Joint Sessions of Workshops, bringing together 300 to 400 participants in a different European centre each year; Research Sessions of four to eight work groups; two Summer Schools of international reputation in the field of Quantitative research, attracting 150-200 participants to the universities of Essex and Grenoble annually a Data Information Service centred at Bergen, and a host of publications, seminars and exchange schemes designed to enhance the mobility of members of the profession, particularly graduate students, and to encourage joint research and publication.

The Consortium has been organised as a federation of universities or research departments and Institutes. The ECPR Council, which includes a representative from each member Institution, meets every three years to decide on policy and to elect an Executive Committee. The subscription fee has been fixed at 1,000 units of account per year per Institution. This sum covers both the general activities of the ECPR and substantial contributions towards travelling and accommodation expenses of participants at the various activities of the ECPR.

Perhaps the most prominent activity of the ECPR is publication of the European Journal of Political Research, the authoritative record of European political studies. Alongside this are yearbooks, currently in German and Italian, with others being planned in French and Spanish and the other languages of Western Europe. The publication, European Political Data, provides the only systematic review of data of all kinds being produced and stored in Western Europe.

The international workshops organised by the ECPR are the main means by which scholars from member institutions and in particular younger scholars can come together to discuss naners and contribute to the development of theory and analysis in a whole variety of fields. Every year the ECPR runs a Joint Sessions of Workshops at a different member Institution, during which 15-20 Workshops are organised on a number of tooics of interest to political scientists, ranging from political philosophy to institutional Problems, from European politics to African or Latin American politics, and from legislatures to the judiciary. These Joint Sessions of Workshops now attract about 300-400 participants from member institutions who come for a full week to discuss the papers which they present at one of the Workshops. The ECPR also organises individual Workshops on special topics in conjunction with other organisations, both European and non-European. Much of the expenditure of the ECPR is used to reimburse travel expenses and accomodation costs for KCPR participants to these workshons.

The Summer School in Data Analysis which has been held at the University of Essex in England since 1971, aims at develoning training, especiallyv of younger scholars. It offers a. wide variety of courses ranging from elementary data analysis to mathematical modeis. It is organised on the basis of three. two-week segments and particinants have ample opportunity to choose the courses which are most appropriate for them. Fach member .Institution of the ECPR may have the fees (currentlv R80 per session) of two participants, each attending two or three sessions, waived.

The ECPR also covers part of ECPR participants travel and accommodation expenses. More details about the summer school can be obtained from the summer school office of the ECPR. A french-srieaking summer school now operates along the same lines at the Universitv of Grenoble.

Details may be obtained from:

Centre National de la Recherche
Scientifique,
Service Formation Permanente.
B.P. 166 X,
38042/Grenoble Cedex
France.

Alongside these major parts of its programme, the ECPR is engaged in a number of other activities. It has set up a Data Information Service which is located at Ferren and directed by Stein Kuhnle. The DJS sifts thousands of 'data documents' each year and reports these in European Political Data. The Computer Applications Group which was conceived of as complementary to the DIS aims at generally increasing the availability of Information about the development of social science Software and to advise on the setting up of social science computing facilities in ECPR member institutions.

The publications programme includes a number of documents of interest to political scientists. The Central Services sends a News Circular three times yearly to all scholars belonging to ECPR member institutions. The Consortium has published a Directory of Political Scientists and a directory of member institutions called Political Science in Europe. On the more academic side is the reproduction of papers presented at Workshops, as well as a series of monographs based on the courses taught at the ECPR Summer School.

The ECPR is also concerned to encourage mobility on the part of staff and students across Europe. To this end, small grants are available to departments wishing to invite colleagues for short visits. Conferences are periodically organised to bring together representatives from member institutions who are anxious to discuss means of improving teaching as well as research among members.

The Consortium has sponsored a number of research groups and latterly instituted research sessions to promote the formation of new trans-European research projects. involving scholars from seven or eight countries.

Finally, the ECPR has links with a number of international bodies, including European organisations which are increasingly interested in the Consortium's activities, and it has unquestionably led to the formation of close contacts between European Political Scientists both junior and senior across the whole of Western Europe.

For further information on any aspect of the Consortium's activities, please write to Professor Ian Budge, Executive Director of the ECPR at:

European Consortium for Political Research,
University of Essex,
Wivenhoe Park,
Colchester,
CO4 3SU,
Essex,
England.

REGIONALDATENBASEN UND COMPUTERKARTOGRAPHIE

IFDO - die International Federation of Data Organizations for the Social Sciences - veranstaltete mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk vom 17.-22. März 1980 in Turin ein "Symposium on the Development of Joint Databases for Regional Analysis and Computer Cartographie". Aus 18 Ländern waren mehr als 50 Forscher (davon sechs aus der Bundesrepublik) im Centro Studi di Scienza Politica (CESSP) zusammengekommen, um in Länderberichten über den Stand der Arbeiten an Regionaldatenbasen zu informieren. Eine erste Übersicht über die vielfältigen Arbeiten in der Bundesrepublik hatte Ferdinand Böltnen zusammengestellt. Im Vergleich zu den meisten anderen Ländern zeigte sich hier ein besonders hoher Koordinationsbedarf auf nationaler Ebene.

In den Vorträgen wurde deutlich, daß schon ein unerwartet großer Teil der in einem Raster vom Veranstalter vorgegebenen Variablen auf EUROSTAT Level III (Counties bzw. Kreise) in einzelnen Datensätzen abgedeckt sind. Insbesondere für die Harmonisierung, Zusammenführung und Ergänzung sind aber noch besondere Anstrengungen erforderlich. Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit der IFDO-Partner werden unter Leitung der Norwegian Social Science Data Services ausgearbeitet. Ein ausführlicher Bericht über die Konferenz-Ergebnisse ist für ZA-Information 7 vorgesehen.

Ekkehard Mochmann

1980 IASSIST KONFERENZ UND WORKSHOPS

WASHINGTON D.C., 1.5. - 4,5.1980

Die diesjährige IASSIST Konferenz, die in unregelmäßigem Turnus zwischen den USA und Kanada pendelt und im nächsten Jahr erstmalig in Europa abgehalten wird, stand unter dem generellen Thema: "International Perspectives on Statistical Data for the Social Sciences: Policy, Technology, and Management". Der Konferenz selbst, die vom 2.5. - 4.5. stattfand, war am 1. Mai eine Reihe von Workshops vorgeschaltet, die parallel abliefen. So war es möglich, nur eine Serie zu besuchen.

Workshop: Cataloguing Machine-Readable Data Files

Die Sitzung, die von Sue A. Dodd, University of North Carolina geleitet wurden, orientierten sich an den neu definierten Teilen der AACR-II (Anglo American Cataloguing Rules), in denen versucht wird, Standards zur Katalogisierung maschinenlesbarer Datensätze im allgemeinen zu geben. In der Diskussion zeigten sich schon bald terminologische Schwierigkeiten. Ein Korsett zum Teil vorbelasteter technischer Begriffe sollte auf die zu katalogisierenden Einheiten unterschiedlicher inhaltlicher Herkunft gelegt werden, um die Vergleichbarkeit und Austauschbarkeit von Information zu gewährleisten. Daß eine Einigung jedoch dringend notwendig ist, veranschaulichten einerseits die Übungen zur Katalogisierung vorgegebener Information über Datensätze und andererseits die Tatsache, daß gerade in den USA und Kanada eine Reihe von Institutionen und Organisationen existieren, die maschinenlesbare Daten jeglicher Art archivieren und für Benutzer nachweisen müssen. In Europa, wo diese Notwendigkeit zu wachsen beginnt, sollten frühzeitig Erfahrungen - positiver sowie negativer Art - genutzt und verarbeitet werden.

Konferenz:

Täglich wurden parallel verlaufende Veranstaltungen zu den Schwerpunkten Policy, Technology und Management of Data durchgeführt. Die Teilnehmer waren also aufgefordert, sich die Rosinen aus dem reichhaltigen Programm herauszusuchen. In der ersten Session, die noch als gemeinsame Plenarsitzung angeboten wurde, stand der Konflikt zwischen privatem versus öffentlichem Sektor der Informationspolitik zur Diskussion. Das Schwergewicht privater Institutionen zur Sammlung von Daten und zur Entwicklung neuer Technologien zur Informationsverarbeitung wurde deutlich hervorgehoben. Der Staat tritt in diesem Sinne hauptsächlich als Auftraggeber in Erscheinung, ein Entwicklungsstand, der für US-amerikanische oder auch kanadische Verhältnisse nicht sonderlich überraschen kann. Dieses Primat industrieller, d.h. privater Initiative wurde vor allem auf dem Gebiet der Technologie sichtbar. In einer Veranstaltung über "Network Technologies" wurde das Gespenst einer vollkommen verkabelten Gesellschaft - genau in diesem Sinne - in bedrückender Weise geschildert. Hierbei ging es nicht primär um das in der Öffentlichkeit vielfältig diskutierte Kabel-TV, sondern um die allgemeinen Auswirkungen der möglich gewordenen zweiseitigen Kommunikation. Die Euphorie eines Robert Schmidt (Communications Technology Management Inc.) über die Möglichkeit der "totalen Information" wurde u.a. auf Grund des daraus erwachsenden Herrschaftspotentials, der Verfügungsmacht über Information von Joseph P. Coates (J.F. Coates Inc.) gedämpft.

In diesem Zusammenhang lassen sich auch die Äußerungen des Banquet Speakers George E. Hall vom U.S. Bureau of Census bewerten.

Er schilderte die Schwierigkeiten, die bei der in diesem Jahr durchzuführenden Volkszählung zu berücksichtigen sind. Neben dem erheblich gestiegenen finanziellen Aufwand fällt vor allem die fehlende Antwortbereitschaft der Bevölkerung ins Gewicht. Unter Berufung auf die Privatheit persönlicher Angaben besonders in einem Land, in dem es keine polizeiliche Meldepflicht gibt, werden die Interviews abgelehnt. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß der Census 80 als Totalerhebung zumindest in einigen Regionen der USA undurchführbar sei und es scheint fraglich zu sein, ob ein weiterer Census in zehn Jahren überhaupt durchgeführt werden wird.

Finanzierungsprobleme der Datenhaltung und -aufbereitung waren Hauptgesichtspunkte weiterer Sitzungen und Diskussionen. Unter dem Kosten/Nutzen Argument wurde die Frage nach der optimalen Qualität von Daten aufgeworfen. Ist es sinnvoller - ein vorgegebenes Budget vorausgesetzt - wenige Datensätze erstklassig zu bereinigen, mit dem Risiko eines möglichen Informationsverlustes, z.B. bei Konsistenzbereinigungen, oder sollen mehr Datensätze den Mindestanforderungen der Benutzbarkeit angepaßt werden? In dieser Auseinandersetzung machte sich die mehr oder weniger erzwungene Marktnähe von Datenservicesystemen bemerkbar. Richard C. Roistacher (Bureau of Social Science Research) versuchte in seiner Präsentation über "Data Assay" eine Logik der Fehlersuche und -korrektur darzustellen, die eine angemessene Bereinigung von Daten durch Leitlinien unterstützt. Durch die Reduktion einer Vielfalt von Fehlern auf drei Fehlerbenen (strukturelle, syntaktische und semantische) soll eine Quantifizierung des Korrekturaufwandes erreicht und damit eine Entscheidungshilfe auf rationaler Basis gegeben werden.

In einer zweiteiligen Sitzung wurden "User Services" behandelt. Dabei wurde von fast allen Rednern eine Typologie der Benutzer, der Bedürfnisse, der Datenangebote, der Datenanbieter oder des Nachfrageprozesses selbst versucht. In einigen Phasen geriet die Darstellung und die Ziel-Mitteldiskussion in die Nähe einer Marketing Strategy-Veranstaltung, in der Information zur Ware, Datenarchive zu Verkäufern von Daten wurden. Das Ziel, neue interessierte Benutzer zu gewinnen, ist mit Sicherheit erstrebenswert, doch sollte die Frage der Benutzungsergebnisse - für wen? und für was? - also die qualitative Dimension, in diesem Zusammenhang nicht in den Hintergrund rücken. Dies soll durchaus als wohlmeinende Kritik und als Anregung vielleicht für die nächste Konferenz verstanden werden.

In ihrem Selbstverständnis will und kann sich die Organisation IASSIST und ihre Konferenz als Forum offener Diskussionen innerhalb und außerhalb der Veranstaltungen und als Austauschplatz von Erfahrungen und Informationen (über Information) verstehen. Auch in diesem Sinne kann die Konferenz 1980 als Erfolg gebucht werden.

Rolf Uher

**DISTRIBUTED PROCESSING - TEXTVERARBEITUNG -
BÜROAUTOMATISIERUNG: BEOBACHTUNGEN AUF DER
HANNOVERMESSE 1980 ZU DEN THEMEN MINICOMPUTER
UND TEXTVERARBEITUNGSSYSTEME**

Als Benutzer einer eigenen kleinen, im Verbund mit einem Großrechner arbeitenden DV-Anlage ist das Zentralarchiv bestrebt, einen Überblick über den Stand der technologischen Entwicklung auf den Gebieten Hardware und Software zu behalten. Diesem Zweck diente auch ein kurzer Besuch auf der Hannover-Messe 1980. Insbesondere das Angebot auf den Sektoren RJE-Stationen/Kleinrechner einerseits und Bürokommunikation/Textverarbeitungssysteme andererseits stand hier im Mittelpunkt des Interesses. Wir geben diese Erfahrungen, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Gewähr für Einzelangaben, weiter.

Besonderes Interesse bestand dabei für Systeme, die kostenmäßig am unteren Ende des Minicomputer-Angebotsspektrums angesiedelt sind und die neben der Funktion einer hinreichend mit Peripherie ausgestatteten RJE-Station auch einfachere, durch Utility-Programme abzuwickelnde Arbeiten lokal ausführen können. Beobachtet wurden aber auch Entwicklungen auf dem Gebiet "Textverarbeitungssysteme", und zwar sowohl hinsichtlich der Möglichkeit ihrer autonomen Verwendung als auch unter dem Aspekt ihrer Integrierbarkeit in die allgemeinen EDV-Aktivitäten eines vorgegebenen Arbeitsbereichs.

Um bei einer Auswertung der über Minicomputer gesammelten Information zu einigermaßen vergleichbaren Ergebnissen zu kommen wurden zu einem Satz von ad hoc vordefinierten Kenn-Größen die entsprechenden Werte für die einzelnen Produkte ermittelt und in einer Synopse zusammengestellt. Die verwendeten Kenngrößen waren

in der Variablengruppe "Hardware":

- CPU-Grobcharakterisierung
- Hauptspeicher-Charakterisierung
- Existenz separater I/O- und DFÜ-Prozessoren
- Peripherie-Charakterisierung

in der Variablengruppe "Software":

- Art des Betriebssystems
- vorhandene Sprachübersetzer
- vorhandene Dienstprogramme incl. Text-Editoren
- angebotene Statistik-Pakete
- angebotene Datenbanksysteme

ZA-Information - 41 -

in der Variablengruppe "Kompatibilität zu Fremdsystemen":

- Kompatibilität zu IBM-Rechnern
- Kompatibilität zu SIEMENS-Rechnern
- Kompatibilität zu CDC-Rechnern
- Kompatibilität zu sonstigen Rechnern

und schließlich in der Gruppe "Sonstiges":

- Dichte des Service-Netzes in der Bundesrepublik
- angebotene Schulung und Dokumentation
- Preis der Grundversion eines Systems inklusive Peripherie (1 Kartenleser; 1 Drucker 600 Zeilen/min; 1 Magnetbandeinheit - möglichst umschaltbar 800/1600 bpi; 1 "Magnetplatteneinheit).

Die gesammelten Daten stammen von Minirechnern der Firmen ATM (= AEG/MODCOMP), DATA 100, Data General, DIGITAL, HONEYWELL, HEWLETT PACKARD, ICL, NIXDORF, NORD, PRIME, SIEMENS, UNIVAC, WANG.

Hinsichtlich einer ganzen Reihe von Variablen ergab sich über fast alle Produkte ein verhältnismäßig einheitliches Bild.

So gut wie alle CPUs weisen Zykluszeiten im Nanosekundenbereich auf, die Hauptspeichergrößen liegen in der Regel zwischen, 128 KP und 512 KB, und E/A-Vorgänge werden meist durch selbständige E/A-Kanäle abgewickelt, die somit die CPU nicht belasten. Lokale Platteneinheiten, Bandgeräte und Zeilendrucker sind praktisch überall anschließbar, nur bei Kartenlesern (vor allem mit der Fähigkeit, Binärkarten zu lesen) trifft diese Feststellung nicht mehr überall von vornherein zu. Multiprogramming- bzw. Timesharing-Betriebssysteme (Parallel-Verarbeitung mehrerer Jobs) sind die Regel, allerdings gibt es hier Unterschiede u.a. hinsichtlich der zur Speicherverwaltung eingesetzten Techniken (Partition-Konzept versus "virtueller Speicher"). Größere Unterschiede zeigen sich bei den angebotenen Sprachübersetzern: COBOL und FORTRAN sowie eine maschinennahe Sprache gehören fast überall zum Standard-Angebot - relativ häufig noch ergänzt durch BASIC. PASCAL wurde von drei Herstellern angeboten (UNIVAC, NORD 100, ATM), während PL/1 von WANG, PRIME und DATA GENERAL auf Mini-Rechnern zur Verfügung gestellt wird. ALGOL erscheint im Angebot von ICL und DATA GENERAL. APL wird bei HEWLETT PACKARD und DIGITAL Equipment aufgeführt, während SIMULA nur von NORD genannt wird.

Von so gut wie allen der genannten Firmen wird in einem Satz von diversen Dienstprogrammen auch ein "Text-Editor" angeboten - allerdings scheinen sich die als Editor bezeichneten Programme hinsichtlich

ihrer Leistungsfähigkeit zu unterscheiden (Eindrucksvoll war u.a. eine Demonstration des zum Rechner NORD 100 gehörenden Text-Editors.). Unter der Rubrik "Standard-Statistik-Pakete" hatte nur eine Firma ein Software-Produkt für die Datenanalyse anzubieten: Dies war die Firma PRIME mit dem Paket SPSS.

Datenbanksysteme im eigentlichen Sinne werden von ATM, DIGITAL, HEWLETT PACKARD, ICL, SIEMENS und UNIVAC zur Verfügung gestellt: Dabei das bekannte System TOTAL von ATM und UNIVAC, sowie das ebenso bekannte IDMS durch ICL.

Größere Unterschiede bei den Minicomputern der erwähnten Firmen zeigen sich auch wieder unter der Rubrik "Kompatibilität zu Fremdsystemen" bzw. "Software-Interfaces: Fremdsystemen". Die Regel ist das Vorhandensein der Software-Interfaces zu IBM-Systemen (HASP, IBM 2780, IBM 3780, IBM 3270). Sehr selten ist die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit SIEMENS-Systemen: Nur ATM und WANG können über MSV2 Remote Batch-Verarbeitung mit SIEMENS-Rechnern durchführen, und die Emulation von SIEMENS-Sichtgeräten wurde lediglich bei WANG als in der Entwicklung befindlich bezeichnet.

Remote Batch-Verarbeitung mit CDC-CYBER-Anlagen ist immerhin mit den Minis von ATM, DATA 100, NORD 100, UNIVAC und PRIME möglich, wobei die letztere Firma auch über Prozeduren zur Kommunikation ihrer Minis mit HONEYWELL-, ICL- und UNIVAC-Anlagen verfügt.

Die Kenngröße "Dichte des Service-Netzes" zeigt wieder größere Einheitlichkeit bei allen genannten Herstellern. Fast alle (mit Ausnahme von NORD) haben Geschäftsstellen in mindestens folgenden Städten: Hamburg, Hannover, Düsseldorf und/oder Köln, Frankfurt/M., Stuttgart, München. Diese Geschäftsstellen werden evtl. durch ein Netz von kleineren Service-Stützpunkten ergänzt.

Zu den Variablen "Kundenschulung" und "Umfang der Kunden zur Verfügung stehenden Produkt-Dokumentation" stehen uns hinreichende Informationen bisher nicht zur Verfügung. Zum Abschluß der Ausführungen über Minicomputer eine sicher nicht unwesentliche Information: Die Kaufpreise für die Grundversionen der erwähnten Systeme bewegen sich etwa zwischen TDM 200 und TDM 250 (abzüglich Hochschulrabatt, zuzüglich Mehrwertsteuer)

Hinsichtlich des Themas Textverarbeitung interessieren vor allem Systeme, die für Offline-Verarbeitung ebenso geeignet sind wie für das Arbeiten im Verbund

ZA-Information - 43 -

mit einer DV-Anlage - bis hin zu Systemen, die es erlauben, gespeicherte Texte mit Steuerinformation für Foto-Satz oder Lichtsatz zu versehen, um so durch das Übernehmen möglichst vieler Bearbeitungsstationen in eigene Regie evtl. zu insgesamt kostengünstigeren und organisatorisch einfacheren Lösungen der eigenen Textverarbeitung zu kommen. Zu erwähnen sind hier u.a. die Firmen **CIM**, Redactron, CVG, SIEMENS, WORDPLEX, AM-International und WANG. Vor allem die Firma WANG beeindruckte dadurch, daß hier leistungsfähige Mini-Rechner und Textverarbeitungs-Systeme bis zu Soft- und Hardware für Photo-satz aus einer Hand angeboten werden.

Nähere und ständig ergänzte Informationen können aus den laufenden Informationsdiensten (Lose-Blatt-Sammlungen)

DATAPRO on Minicomputers
und
DATAPRO on Word Processing
entnommen werden.

Bestelladresse (auch für Ansichtsmaterial):

DATAPRO Distribution Center
Justinianstr. 22.
6000 Frankfurt/M. 1

Bezüglich Textverarbeitung verweisen wir auch auf den soeben erschienenen BIFOA-Forschungsbericht Nr. 80/1 "Textautomaten - Marktanalyse und Auswahlkriterien - " (DM 32,- ISBN 3-87951-103-9).

Bestelladresse
Wilson Verlag GmbH
Postfach 41 09 48
5000 Köln 41

Friedrich Rau